

### Papiers pour Irina, Kamel, Helder, ...

Pour jeudi, 22 février, l'ASTI invite à une soirée de solidarité avec les sans-papiers en ses locaux, 10, rue A. Laval, Luxembourg (à partir de 20h). Au programme: musique, cabaret et lectures publiques, ainsi que des témoignages de sans-papiers. Les personnes qui assisteront pourront soutenir ces personnes en situation difficile en souscrivant à un "bon de solidarité" de 500 LUF ou plus. Des dons peuvent aussi être versés sur le compte spécial "Solidarité sans-papiers/réfugiés" au CCP 15 15 15 -01. A quand la régularisation promise par le gouvernement, afin que ces personnes puissent reprendre une vie normale et subvenir à leurs besoins en travaillant légalement?

### Année contre le blocus

L'association Luxembourg-Cuba invite à son assemblée générale qui aura lieu le 23 février au Circolo Curiel à Luxembourg. "L'embargo des Etats-Unis est loin d'être levé. Notre travail de solidarité et d'information reste donc toujours important". Le mot d'ordre est sans doute de mise après l'arrivée au pouvoir à Washington de la droite réactionnaire. Les deuxièmes "Rencontres mondiales de solidarité avec Cuba" de novembre dernier avaient d'ailleurs signalé la détermination de mobiliser contre le blocus génocidaire. Ainsi, l'année 2001 est déclarée comme "Année internationale de solidarité contre le blocus, la loi d'ajustement cubain et toutes les manoeuvres impérialistes exercées contre Cuba".

### Privatisation de la censure

Lundi 19 février, à 20h, au Cercle Municipal, sur invitation de l'Observatoire des médias, Jean-Paul Marthoz tiendra une conférence sur la manière dont la liberté d'expression et d'information est aujourd'hui restreinte dans les sociétés occidentales. Jean-Paul Marthoz est un auteur passionné et passionnant qui a publié entre autres au "Groupe de recherche et d'information sur la paix" (GRIP) une analyse critique des médias: "Et maintenant, le monde en bref". Ce livre et d'autres publications du GRIP seront disponibles sur place.

### Blindenschule in Tibet

Am nächsten Montag, 19. Februar um 20 Uhr organisiert die Vereinigung "Les Ami-e-s du Tibet Luxembourg" im "Athénée" einen Vortragsabend über eine Schule für blinde tibetische Kinder. Die Schule wurde von der gleichfalls blinden Europäerin Sabriye Tenberken in Lhassa gegründet. Sie ist Autorin von zwei Büchern und trat mehrfach im deutschen Fernsehen auf. Sie wird zusammen mit ihrem Gefährten Paul Kronenberg die Blindenschule und ihr abenteuerliches Leben als Sehbehinderte darstellen. Der Vortrag ist auf Deutsch, teilweise mit französischer Übersetzung.

### WOOOOOX et AhhhhhRA

L'annuaire newmediaguide.lu, édité par "mké" comme hors-série de l'Explorator, a quelques difficultés à appréhender les médias alternatifs. Dans sa rubrique "Who's who" de la nouvelle économie multimédiatique, le guide présente sous W un certain hebdomadaire "WOOX", dont l'adresse e-mail serait "woox@pt.lu". Cet hebdomadaire fantôme doit être un sosie du WOXX, puisque l'adresse indiquée est bien la nôtre.

En ce qui concerne Radio ARA par contre, le nom est indiqué correctement. Cependant le fait que la radio a dû mettre la moitié de son temps d'antenne à disposition d'une fenêtre anglaise, "ARA City Radio" - ce qui a fait grincer des dents une partie de son public - provoque l'enthousiasme du guide: "premières réactions: WOW! Félicit.!"

### EU UND ENTWICKLUNGSHILFE-NGO

# Ende einer Partnerschaft

Wie die EU-Kommission mit der "Zivilgesellschaft" umspringt, zeigt ein Beispiel, das sich weitgehend hinter der Brüsseler Kulisse abspielt: Dem "Comité de liaison" wurden die Zuschüsse gestrichen. Aus kaum nachvollziehbaren Gründen.

Es ist vollbracht: Dem EU-Kommissar für Entwicklungspolitik, Poul Nielson, gelang es, mit "exzessivem Bürokratismus" (so das Europa-Parlament) und ein paar schmutzigen Tricks, das EU-Netzwerk von gut 900 Entwicklungs-Gruppen abzuwürgen. Am 1. Februar gab das Brüsseler "Verbindungsbüro" der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen auf und stellte seine Arbeit ein, zumindest einige der 15 nationalen Plattformen dieser NGO werden notgedrungen folgen. Denn die Kommission verweigert seit Mitte vorigen Jahres die Auszahlung der vergleichsweise lächerlichen Zuschüsse, die im EU-Haushalt eingeschrieben sind. Sie hat auch für das neue Jahr sämtliche Zahlungen blockiert, die über das Comité de Liaison (CL) und die nationalen Netzwerke laufen. Mit regelrechten Invasionswellen von Buchprüfern war der Betrieb ohnehin immer wieder auf Wochen lahm gelegt.

Mit dieser Aktion ist einem guten Teil der "Zivilgesellschaft" der Garaus gemacht worden, deren "Partnerschaft" die EU-Kommission an anderer Stelle zu beschwören pflegt; und die sie nicht zuletzt selbst über ein Vierteljahrhundert half aufzubauen. Die vielen Entwicklungs-NGO, von kleinen Projekt-Initiativen bis hin zu wirtschaftlich durchaus bedeutsamen Hilfswerken, stellen einen erheblichen Teil der Öffentlichkeit dar, die es für Entwicklungspolitik und Nord-Süd-Fragen in der EU gibt. Sie sind im Grunde der einzige Resonanzboden, den die EU-Politik und die EU-Kommission in diesem Bereich überhaupt haben.

Dies ist ein Schuss ins eigene Knie - ob er nur Nielson treffen wird, wird sich noch zeigen. Die großartige "Strategie für eine Entwicklungspolitik der EU", von der Kommission voriges Jahr verkündet, war in Stellungnahmen der NGO-Netzwerke arg zerupft worden, und zwar als widersprüchlich und unausgegoren. Um die Globalisierungs-Linie der EU-Kommission mitsamt ihrer skrupel- und bedingungslosen Unterwerfung unter die WTO bahnt sich nun ein großer Streit an. "Entwicklung" ist - und da schwimmt die Kommission durchaus im Mainstream der EU-

Regierenden - längst out, angesagt sind "Stabilisierung und Sicherheit" sowie die neugewonnene Macht zu militärischen Kri-seneinsätzen.

Natürlich verschwinden mit der Stilllegung des Netzwerks nicht Organisationen wie Oxfam, Caritas und dergleichen. Sie werden es jedoch schwerer haben, in den Brüsseler Korridoren aufzutreten. "Die wollen nur noch, dass wir ihnen demütig aus der Hand fressen," so fasst der Vorsitzende einer großen deutschen NGO die Lage auf.

Und wie das gewollt und durchgesetzt wird, daran können sich die Süd-Länder ein Beispiel nehmen, die gerade erst mit der EU einen Vertrag eingegangen sind. In dem wimmelt es ebenfalls nur so von Vokabeln zur "partnerschaftlichen" Art der "Zusammenarbeit" - nämlich à la tête du client und nach Befinden der Europäer und ihrer Kommission zum Wohlverhalten. Wie da mit administrativen Mitteln sabotiert, die angeblich sakrosankten Haushaltsregeln verletzt, nebenher auch die ParlamentarierInnen und die Presse belogen werden, das hat jetzt die Kommission am vergleichsweise marginalen Fall des CL musterhaft vorexerziert.

### Kritik unerwünscht

Der Konflikt bahnte sich bereits Ende '99 an. Die neue Kommission wollte anfangs nicht gleich die Zusage zum jährlichen Zuschuss des NGO-Netzwerks abgeben. Der Posten von rund anderthalb Millionen Euro ist jedoch im Haushalt eingeschrieben, von Parlament und Rat bewilligt und von der Kommission zu verwalten. Als auch zu Beginn des Sommers noch nichts zu hören war, wurde es für die Verantwortlichen bei den NGO brenzlig: Ihr Bürobetrieb musste schließlich mit teuren Bankkrediten laufen. Im Juli kam die Sache vor den Entwicklungsausschuss im Europa-Parlament. Dort wollte man nun wissen, weshalb die NGO am langen Arm ausgehungert wurden. Bei diesem Treffen war zum ersten Mal von der Kommission zu hören, dass eine "interne Risiko-Abschätzung" von der Prüfungs-Abteilung der Kommission in Gang gesetzt war,

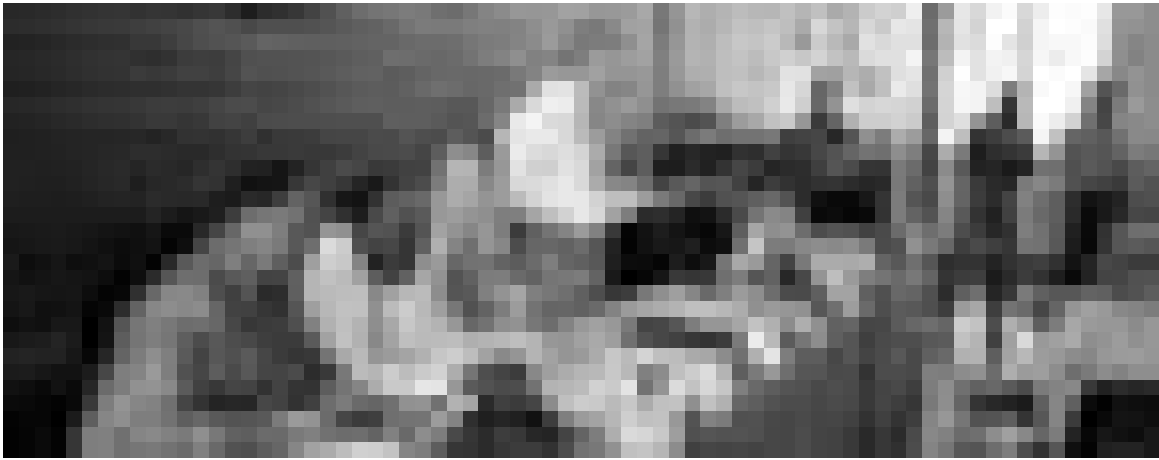
zur Bonität der Zuschuss-Empfänger. Auch die Betroffenen hörten erstmalig davon. Das Ergebnis bekamen sie (und die ParlamentarierInnen) auch erst später und nur auszugsweise zu sehen. Immerhin kam auch eine erste, wenngleich nur halbe Rate.

Gefolgt freilich, Anfang September, von der Ankündigung der Kommission, eine externe Audit-Firma beauftragen zu wollen, die im Brüsseler Büro die Bücher nachsehen würde. Denn, so Nielsons Kabinettchef Thierry Bechet in einer Anhörung im Europarlament Anfang September, das CL sei "vertragsbrüchig" in der Verwendung der Zuschüsse aus den Steuergeldern. Das habe das "interne Audit" ergeben. Dass dieses eine Lüge war, stellte sich freilich erst eine geraume Weile später heraus, als die Kommission wenigstens eine Zusammenfassung jenes "Risk Assessments" herausgerückt hatte.

Noch Ende September sagte der derzeitige CL-Vorsitzende Joachim Lindau vom deutschen Hilfswerk "Brot für die Welt": "Wir kriegen schlicht nicht zu wissen, was los ist. Dass hier ein Klimawandel stattfindet, ist jedoch deutlich zu spüren." Die ganze Entwicklungs-NGO-Gemeinde war zu diesem Zeitpunkt geschockt über einen Auftritt von Nielson vor der Versammlung von Hilfswerken, die mit dem Nothilfe-Amt ECHO der Kommission zu tun haben. Sie seien jederzeit gerne als Untertannehmer ("contractors") gesehen, sagte Nielson. Von Mitsprache war indes nicht die Rede.

Ab Oktober rollten dann die Buchprüfer des Audit-Multi "Ernst & Young" an, und zwar nicht nur im Brüsseler "Verbindungsbüro", sondern auch bei sämtlichen 15 nationalen NGO-Plattformen. Etwa in der Größenordnung von 150.000 EUR dürfte die Prüfarbeit wert gewesen sein für "E&Y", von der Kommission gern beauftragt und somit ein wichtiger Kunde. Man ging gründlich vor: Wenn die Boarding Card zum Flugticket einer Dienstreise fehlte war gleich die ganze Reise "unbelegt". Zudem war ja auch gleich alles zu prüfen ab dem Jahre 1995, ein ordentlicher Auftrag also. Zustande kam ein Betrag von unter 30.000 EUR von schlecht oder unvollständig abgebuchten Kosten, das sind 0,3 Prozent der EU-Zuschüsse von zehn Millionen für den Gesamtzeitraum.

Nach Abschluss des Prüferinsatzes Mitte Dezember bekamen die NGO-Netzwerker einen "Entwurf" eines Prüfungsberichts zu sehen, verbunden mit der Anweisung, sich binnen dreißig Tagen zum Inhalt zu äußern. Was darin zu lesen stand, empörte sie so sehr, dass ihr Brüsseler Büro als Antwort an die Presse Einladungen für den 19. Dezember verschickte. Die Kommission war jedoch schneller. Bereits einen Tag früher erklärte Nielson vor JournalistInnen wahrheitsgemäß, dass "es keine Hinweise darauf gegeben hat, dass Betrug begangen wurde". Sein Statement endete allerdings mit dem Satz: "Der endgültige Berichts- Ent-



Poul Nielson, EU-Kommissar für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, anlässlich einer Mission in Tanzania, März 2000. (Foto: EU)

wurf der Prüfung, durchgeführt von Ernst & Young, ... wird wahrscheinlich den Bedarf einer Rückforderung von 1 Mio. Euro von schlecht verwalteten ('mis-managed') Mitteln empfehlen."

Wenn Amtsträger dergleichen verkünden, und sich dabei auf die prophetische Autorität eines multinationalen Prüfbüros vom Kaliber der E & Y berufen, sollte das eigentlich der Wahrheit entsprechen. Dies war aber nicht der Fall. Die forsche Kommissions-Forderung auf Rückzahlung von den Entwicklungs-NGO entpuppte sich als peinliche Milchmädchen-Rechnung, als einige Wochen später Bruchstücke des "vorläufigen endgültigen" Berichts der Firma auch JournalistInnen zugänglich waren. Die tüchtigen E & Y-Prüfer waren zu einem Zeitpunkt nach Bonn zur deutschen NGO-Plattform VENRO gereist, als deren Unterlagen für 1999 zur gesetzlich vorgeschriebenen Rechnungslegung bei einer Prüf-Firma in Aachen lagen. Offensichtlich wollten die Prüfer den Weg nach Aachen nicht auf sich nehmen. Stattdessen führten sie den gesamten EU-Zuschuss an VENRO unter dem Posten "nicht nachgewiesen" auf. Folge dieser unbewiesenen Interpretation: Die Kommission addierte 140.000 Euro zu ihren Rückforderungen. Eine ordentliche, wenngleich nach falschen Rubriken verbuchte Ausgabe der finnischen Plattform wurde von der Kommission

gleich doppelt zurückgefordert. Gut 80 Prozent der angeblich zurückzuzahlenden Gelder betreffen Zuschüsse an die nationalen NGO-Plattformen seit 1995. Die damalige EU-Kommission hatte die NGO aufgefordert, diese Struktur aufzubauen, und dafür die Zuschüsse vergeben - mit der Zustimmung von Parlament und Rat. Die neue Kommission stellte jedoch neue Regeln auf. Danach können nur "spezifische Projekte", nicht aber eine gemeinsame Verwaltung gefördert werden. Dieses also ist das ganze "Mismanagement", das E & Y entdecken konnte. "Wenn heute die Kommission ihre Regeln ändert und damit ein Problem hat," so der Vorsitzende Lindau, "dann ist das ein Problem der Kommission, und das kann sie uns schwerlich vorwerfen."

### Transparenz gehört nicht zur EU-Partnerschaft

Im Dezember schrieb Joaquim Miranda, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses im Parlament, immerhin die Haushaltsbehörde über der Kommission, einen geharnischten Brief an Nielson mit der Aufforderung, der im EU-Haushaltsgesetz vorgeschriebenen Pflicht nachzukommen und die vorgesehenen Zuschüsse für die NGO-Netzwerke fürs Jahr 2000 anzuweisen. Ein Disput über die Verbuchungsweise sei unabhängig davon zu klären, und auch die Zu-

schüsse für 2001 müssten in Raten gezahlt werden. Anfang Januar, nach einem Treffen des CL-Vorstands mit Nielson, bei dem der Kommissar prompt wieder neue Verwaltungs-Bedingungen auftischte, folgte ein womöglich noch weniger diplomatischer Brief vom EP. Die Antwort der Kommission bestand in der Ankündigung eines weiteren, riesigen Buchprüfungs-Auftrags, nun von oben bis unten beim Netzwerk der Nothilfe-Organisationen VOICE, das als Teilorganisation im Brüsseler Verbindungsbüro angesiedelt war - erst recht ein ordentlicher Brocken für die externen Audit-Multis. Hier geht es immerhin um die großen "humanitären" Mittel-Einsätze der EU, und nicht nur um ein paar Info-Büros mit kaum einer Handvoll Angestellten.

Zur Erinnerung: Die Haushaltsprüfer-Angst im Nacken der Kommissionsbürokratie hat ihren Ursprung im Korruptions-Filz von privatwirtschaftlichen Beratungsbüros, die sich um die Kommission geschart haben. Diesen Consultant-Unternehmen kann nicht einmal der Fiskus richtig in die Bücher gucken. Dagegen unterliegen die gemeinnützigen NGO und ihre Netzwerke strengen Öffentlichkeits-Vorschriften sowie den nationalen Prüfungspflichten ihrer Büros. Sämtliche Berichte sind öffentlich zugänglich.

Als vorerst letzte Aktivität beschloss das Brüsseler Verbin-

dungsbüro Ende voriger Woche, Klage gegen die Kommission einzureichen. Eine Formsache, um die Forderung auf Auszahlung der vertraglich zustehenden Gelder nicht verfallen zu lassen. "Wir könnten uns natürlich für die nächsten fünf Jahre oder noch länger damit beschäftigen, mit so einer Klage durch die Instanzen zu ziehen," so Lindau. Schließlich sei es so gut wie sicher, dass die NGO das Verfahren gewinnen würde. "Doch mal abgesehen von der Sinnlosigkeit, unsere ganze Zeit darauf zu verschwenden, sind wir dazu auch viel zu arm."

Die Kommission hat genug Geld: Trotz aller bürokratischen Expertise hat sie den Grundriss für ein Verfahrens-Labyrinth gezeichnet, in dem sich die Steuergelder korrekt nach Haushaltsregeln verlaufen. Schon im vergangenen halben Jahr war das NGO-Netzwerk überwiegend nur damit beschäftigt, sich gegen die Kommissions-Querelen zu wehren. Die Aussicht ist absurd: Der Betrieb einer vom EU-Haushalt geförderten Organisation wird auf Jahre hinaus mit so einem Verfahren gebunden. Hinzu kommen die höheren Betriebskosten durch die Vielzahl der beteiligten Kommissionsabteilungen. All dieses zeigt die "raison d'être" dieser Einrichtung: Sich am liebsten mit sich selbst zu beschäftigen.

Heimo Claasen

### Une institution utile et indispensable

**WOXX: Les problèmes du Comité de Liaison des ONGD à Bruxelles, concernent-ils aussi les organisations luxembourgeoises?**

**Monique Langevin:** Certainement! Si la plupart des ONGD luxembourgeoises profitent actuellement du système de cofinancement proposé par notre Gouvernement, il ne faut pas oublier que c'est la coopération européenne qui a fait avancer, dans les années 80, à grands pas les ONGD luxembourgeoises. Même à l'heure actuelle il y a nombre de projets et d'accords cadre financés par Bruxelles. Or le climat de coopération entre ONGD et la Commission Européenne s'est envenimé les dernières années.

**Est-ce que le CL n'est pas devenu une boîte à frais incontrôlable?**

Je ne le crois pas. Il y a une part énorme de bénévolat dans le travail des ONGD. S'il y a des frais, par exemple des frais de voyage pour des réunions de travail des délégué(e)s, c'est que l'Europe est quelque chose de compliqué. Mais rien à voir avec les notes d'experts envoyés ça et là payés au tarif fort.

**Le commissaire Nielson ne veut pas payer pour un "lobby" qui n'entend que défendre ses propres intérêts. Cela paraît quand même raisonnable?**

Mais le CL n'est pas un "lobby". C'est une sorte d'interface entre le milieu des organisations de développement et leurs partenaires dans le Sud, d'un côté, et la Commission Européenne, de l'autre. La Commission serait incapable de fournir l'effort de développement considérable qui a lieu à l'heure actuelle, s'il n'y avait pas les réseaux d'ONGD - au nord comme au sud. Mais il faut aussi réfléchir sur les politiques que mène l'Europe en général, sur les effets qu'elle pourrait avoir sur les pays du sud. C'est normal que les ONGD soient souvent critiques.

*Monique Langevin est permanente à l'ASTM (Action Solidarité Tiers Monde), responsable des projets de développement. Elle a été déléguée du Cercle des ONGD de Luxembourg au sein du groupe de travail "financement du développement" du Comité de Liaison.*